

Ein Fischkutter ohne Fischgeruch

Um das Schlepperwesen vor der Küste Libyens zu bekämpfen, fordert Tripolis dringend Unterstützung aus Europa

Mehr als eine Million Migranten warten in Libyen nur darauf, illegal nach Europa überzusetzen. Die Grenzen in der Wüste und an der Küste liegen weitgehend offen. Schlepperbanden nützen es schonungslos aus.

Beat Stauffer, Misrata

Das schwer gesicherte Hauptquartier der Küstenwache von Misrata liegt nur wenige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Am Pier dümpeln zwei Polizeiboote, am Ufer liegt eines der an Land geschleppten Schlauchboote. Hier befindet sich das Reich von Oberst Reda A. Essa. Der elegant gekleidete Kommandant der Küstenwache ist Ingenieur und hat etwas Weltläufiges. Vor kurzem noch nahm er in Spanien an einem Kongress von Migrations- und Sicherheitsexperten teil. Nun stellt er sich, mit heiserer Stimme, den Fragen einer Handvoll europäischer Journalisten.

GPS und Satellittelefon

Essa sagt gleich zu Anfang, dass die Küstenwache in seinem Sektor funktioniert, es aber an Ausrüstung und Material fehle. Europa habe mehrfach versprochen, die libysche Küstenwache zu unterstützen; geschehen sei nichts. Die vier älteren Schiffe, die zur Überholung in eine italienische Werft gebracht worden seien, habe Italien wegen des Konflikts in Libyen nicht retourniert. Auch der in Aussicht gestellte Informationsaustausch funktioniere aus denselben Gründen bis heute nicht.

Doch verschliesst seine Regierung bezüglich des Schlepperwesens nicht grösstenteils die Augen? «Wir machen, was wir können», sagt Essa mit Nachdruck. Die Küstenwache nehme in libyschen Küstengewässern regelmässig Migranten fest, und die Sicherheitskräfte der Tripolis-Regierung verhafteten immer wieder Schlepper. Fragen zum florierenden Schlepperwesen in Zuwara beantwortet Essa allerdings ausweichend. Stattdessen legt er dar, welches die wichtigsten Zentren der illegalen Emigration seien und wie die Schlepper vorgehen.

Garabuli, Tajoura, Sabratha und Zuwara sollen demnach die vier wichtigsten Umschlagplätze für Migranten und Flüchtlinge sein. Um nicht den Verdacht der lokalen Behörden zu wecken, mieden Schlepper zunehmend die Häfen und benutzten stattdessen kleine Schlauch- oder Holzboote, um die Flüchtlinge von einsamen Stränden aus zu den Fischkuttern oder grossen Schlauchbooten hinauszufahren. An-



Wer von der Küstenwache in Misrata aufgegriffen wird, kommt statt nach Europa ins Gefängnis.

ISMAIL ZITOUNY / REUTERS

schliessend übergeben die Schlepper den Flüchtlingen in den meisten Fällen ein GPS sowie ein Satellittelefon mit der Nummer der italienischen Küstenwache. «Rund 30 Meilen von der libyschen Küste entfernt senden diese dann einen Notruf aus und melden, das Boot sinke», sagt Essa. Auf solche Weise sei die Rettung durch die italienische Küstenwache fast garantiert. Militäreinsätze gegen Schlepperboote lehnt Essa ab; sie wären, so sagt er mit Entschieden-

heit, kontraproduktiv. Tatsächlich seien die meisten Schlepper schon unter Ghadhafi aktiv gewesen, sagt Essa. In den Revolutionswirren seien sie freigelassen worden und hätten seither leider weitgehend freie Hand.

Auch würden sie politisch instrumentalisiert: In Tajoura östlich von Tripolis soll bis Mitte April ein Schleuser namens Abdallah Sassi tätig gewesen sein, der von der Regierung in Tobruk unterstützt worden sei, um die Tripolis-

Regierung gegenüber Europa in Misskredit zu bringen. Mitte April sei der angebliche Schleuser und Agent bei einem «Gefecht» getötet worden.

Raffinierte Geschäftsmodelle

Aus europäischer Sicht besonders brisant sei, so Essa, dass die am Geschäft mit der illegalen Emigration beteiligten Schlepper höchstwahrscheinlich auch von Sizilien und Süditalien aus operier-

ten; in Libyen sei man gegenwärtig daran, die Indizien dafür zu sichten. Sollte dies zutreffen, stünde Italien ebenso sehr im Fokus wie die libysche Seite. Der zweite Vorwurf betrifft die Verwicklung italienischer Fischer ins Schleppergeschäft. Essa schildert einen konkreten Fall: So habe die libysche Küstenwache auf hoher See jüngst zwei grosse italienische Fischkutter kontrolliert. Der eine habe eine grosse Ladung Fisch an Bord gehabt, der andere sei ohne Fracht gewesen und habe bloss fünf Mann Besatzung mit sich geführt. Bei einem Fischkutter dieser Grösse brauche es aber mindestens 60 Leute. Höchst auffällig sei zudem gewesen, dass das Schiff keinerlei Fischgeruch aufgewiesen habe.

«Auf einem solchen Fischkutter könnten ebenso gut Waffen oder Menschen geschmuggelt werden», sagt Essa. Der Kapitän habe keine glaubwürdige Erklärung abgeben können. Man habe das Schiff aber weiterfahren lassen, um keine diplomatischen Verwicklungen mit Italien zu provozieren. Essa berichtet zudem von ägyptischen Fischern, die auf dem Hinweg entlang der Küste Flüchtlinge aufnahmen, diese in der Nähe von Lampedusa auf Schlauchbooten aussetzten und sich dann auf dem Rückweg nach Ägypten dem Fischfang widmeten – ein raffiniertes und rentables Geschäftsmodell.

Italienische Komplizenschaft?

Schliesslich stellen sich aus libyscher Sicht auch Fragen zum Verhalten der italienischen Küstenwache. Besteht möglicherweise eine Komplizenschaft zwischen den Schleppern und der italienischen Küstenwache? «Ich kann diese Frage nicht beantworten», sagt Essa. Das Thema sei heikel und könnte diplomatische Spannungen auslösen. Für ihn sei aber klar, dass auf beiden Seiten des Mittelmeers «Geldsummen unter dem Tisch verschoben werden». Sobald es handfeste Belege gebe, würden die Behörden darüber informieren.

Zum Schluss bringt Oberst Essa die Sache auf einen einfachen Nenner: Es sei unmöglich, das Schlepperwesen nur von einer Seite aus zu bekämpfen. Libyen suche deshalb die Zusammenarbeit mit Europa und brauche dringend Unterstützung: Drohnen, Nachtsichtgeräte, Schnellboote, Helikopter. Er verstehe, dass Europa Angst habe vor einem Ansturm von Migranten. Doch sei sein Land noch viel stärker betroffen. Auf rund 1,5 Millionen Menschen schätzt er die Zahl der afrikanischen Migranten in Libyen. Und fügt hinzu: «Ich glaube, dass in nächster Zeit 500 000 von ihnen versuchen werden, nach Europa zu ziehen.»

Verantwortung für Asylbewerber wird auch in Italien herumgeschoben

spl. Rom · Die Regierung in Rom und einige von der Opposition regierten Regionen Norditaliens schenken sich im Streit um die Aufnahme von Asylbewerbern nichts. Der Präsident der Lombardei, Roberto Maroni, sagte am Sonntag, man werde keine «Illegalen» mehr aufnehmen. Der Lega-Nord-Politiker drohte den lombardischen Bürgermeistern gar damit, den Geldhahn zuzudrehen, falls sie sich seiner Anordnung widersetzen. Maroni erhielt am Montag Unterstützung von seinen Amtskollegen in Venetien (von der Lega) und in Ligurien (ein Forza-Italia-Mann). Auch sie weigern sich, weitere Asylbewerber aufzunehmen. Der Chef der rechtspopulisti-

schen Lega Nord, Matteo Salvini, wiederum drohte, die für die Unterbringung vorgesehenen Gebäude zu besetzen.

Italien wird von Bootsflüchtlingen derzeit regelrecht überschwemmt. Am letzten Wochenende allein wurden fast 6000 Personen auf dem Mittelmeer gerettet. Seit Anfang Jahr sind damit über 52 000 Migranten in Italien angekommen. Die Notunterkünfte in Sizilien sind heillos überfüllt. Das Innenministerium hat deshalb angeordnet, dass alle Regionen einen ihrer Bevölkerungsgrösse entsprechenden Beitrag leisten und neue Migranten aufnehmen müssen.

Derzeit sind rund 74 000 Asylbewerber in Italien untergebracht. Die grösste

Bürde tragen Sizilien (22 Prozent) und Latium (12 Prozent). Auch andere südliche Regionen wie Apulien, Kalabrien und Kampanien haben viele Migranten aufgenommen. Die meisten nördlichen Provinzen hingegen leisten einen bescheidenen Beitrag. Ihre Haltung wird in Rom scharf kritisiert. Mit Demagogie und fremdenfeindlichen Slogans löse man das Flüchtlingsproblem nicht, schimpfte Matteo Renzi am Montag. Europa unterstütze Italien nicht genug, fügte der Regierungschef hinzu. Doch wie solle er im fernen Brüssel mehr Solidarität einfordern, wenn sich sogar Norditalien auf den Standpunkt stelle, das Flüchtlingsdrama sei nicht sein Problem.

«Wir könnten sterben, ohne dass es jemand merkt»

Ägyptische Aktivisten beklagen eine Zunahme der Repression – und mit ihr auch wachsende Gleichgültigkeit und Resignation

In Ägypten häufen sich die Berichte über unrechtmässige Verhaftungen und willkürliche Polizeigewalt. Doch öffentliche Aufschreie gibt es kaum.

Monika Bolliger, Kairo

«Es geht um unsere Sicherheit, nicht um Geldprobleme», platzt es aus Yusra heraus. «Ich fühle mich nicht mehr sicher in meinem Land. Vielleicht werde ich eines Nachts einfach verhaftet und von der Bildfläche verschwinden», sagt sie. Die junge Journalistin hat während der Revolution von 2011 das Zuhause ihrer Familie auf dem Land verlassen und ist nach Kairo gezogen, allein, weil sie am Wandel teilhaben wollte. Sie erinnert sich, wie sie damals bereit war, im Kampf um die Freiheit Risiken einzugehen, wie jene, die getötet wurden, als Helden gefeiert wurden. Jetzt, sagt Yusra, verschwinden ständig Leute und es kümmere niemanden. «Wir könnten

sterben, ohne dass es einer merkt.» Drei ihrer Freunde haben auf Facebook gar ihren letzten Willen verkündet.

Verschwundene Bürger

Ähnlich düster klingt der Gemüsehändler Ahmad. «Du bist Journalistin?», fragt er, als keine Kunden im Laden sind. «Schreib, dass Sisi kein guter Präsident ist.» Einer seiner Brüder sei verhaftet worden, mitten in der Nacht, und verschwunden. Lange wusste die Familie nicht, wo er war. Dann erfuhren sie, wo er in Haft sass, und durften ihn besuchen. Er sei von Folterspuren gezeichnet gewesen, sagt Ahmad. Ein Gerichtsverfahren habe es bisher nicht gegeben. Ahmad insistiert, sein Bruder sei unschuldig. War Mursi denn besser als Sisi? Ahmad schüttelt den Kopf. Vom gestürzten Präsidenten der Muslimbrüder hält er auch wenig.

Anwälte sprechen von einer Welle des Verschwindens mehrheitlich jüngerer Aktivisten in den letzten Tagen, wobei die Jugendbewegung «6. April» be-

sonders im Fokus zu stehen schien, welche massgeblich an der Revolution von 2011 beteiligt war. Diese hatte letzte Woche für den 11. Juni zu einem Generalstreik aufgerufen. Die Aktivistin Mona Seif zählte am Freitag 16 Personen, die unlängst verschwunden waren. Einige konnten später in Haft ausfindig gemacht werden, aber nicht alle. Die ägyptische Verfassung verlangt, dass verhafteten Personen der Grund ihrer Verhaftung mitgeteilt und ihnen sofort Kontakt zu Angehörigen und einem Anwalt gewährt werden muss. Dies geschieht nicht immer.

Rache wegen der Revolution

Und nicht alle tauchen lebend wieder auf. Der 23-jährige Student Islam Atitu wurde letzten Monat laut Augenzeugen an der Universität von einem Sicherheitsbeamten abgeführt. Am nächsten Tag wurde sein verstümmelter, von Schüssen durchdrungener Leichnam seinen Angehörigen übergeben. Laut offiziellen Angaben war er ein Mitglied

der in Ägypten verbotenen Muslimbrüder und wurde der Ermordung eines Offiziers verdächtigt. Seit dem Sturz der Regierung der Muslimbrüder 2013 durch das Militär hat die Gewalt gegen Sicherheitskräfte zugenommen. Angeblich kam Atitu bei einem Schusswechsel ums Leben. Seine Familie verweist demgegenüber auf die Folterspuren an der Leiche. Kommilitonen bezeichneten ihn gegenüber Medienvertretern als ruhigen, pflichtbewussten Studenten.

Menschenrechtler befürchten, dass Selbstjustiz durch die Sicherheitskräfte zunimmt. Sowohl der Polizei- als auch der Justizapparat gebärden sich seit der Restauration des Militärregimes unter Sisi in einer Weise, die einem Rachefeldzug gleicht. Die in Massen verhängten Todesstrafen gegen Mitglieder der Muslimbrüder etwa kamen nicht zwingend auf Druck von oben – die Richter haben selber offene Rechnungen mit der Bruderschaft. Deren Präsident Mursi hatte in den Monaten vor seinem Sturz versucht, das Höchstalter der Richter herabzusetzen und so Tausende

von ihnen in die Pensionierung zu entlassen. Ebenso haben Polizeivertreter offene Rechnungen mit den Aktivisten der Revolution, die sich am Tod in Polizeigewahrsam des jungen Ägypters Khaled Said entzündet hatte.

Leere Entschuldigungen

Präsident Sisi sprach am Sonntag im Zusammenhang mit der Polizeigewalt von individuellen Fehlern. Er entschuldigte sich öffentlich anlässlich eines physischen Übergriffs auf einen Anwalt durch einen Polizisten, nach dem die Gewerkschaft der Anwälte zum Streik gerufen hatte. Einen Vorschlag, wie der grassierenden Polizeigewalt zu begegnen wäre, hatte er nicht. Er forderte die Sicherheitskräfte lediglich auf, mit den Bürgern sorgfältiger umzuspringen. Öffentliche Aufschreie bleiben momentan aus – ob es an der anhaltenden Popularität Sisis, an der Ermüdung und Resignation über Wirren und Probleme der Revolution oder am Klima der Angst liegt, lässt sich nicht genau sagen.